während dieser Legislatur, daß er einen so großen Rednererfolg erntete.

Das praktische politische Resultat ist aber für den Augenblick sehr gering. Die Regierung Clemenceau-Briand-Viviani wird ihr wüstes Treiben fortsetzen; die bürgerliche Mehrheit, die von keiner mächtigen proletarischen Organisation in Bedrängnis getrieben und angespornt wird, wird unfähig bleiben. Die Hunderte von Millionen werden, wie vorher, auf kulturwörderische Kriegsausgaben, nicht zum Zweck des sozialen Fortschritts aufgewendet. Die Skandale des bürgerlichen Regimes mehren sich.

Die Arbeiterklasse allein kann dem herrschenden Chaos ein gründliches Ziel setzen.

Die englische Arbeiterpartei gegen den Zarenbesuch.

Von unserem Korrespondenten.

j. s. **London**, 26. Juni.

Die englische Arbeiterpartei erläßt heute ein Manifest gegen den Empfang des Zaren durch König Eduard und die englische Regierung, in welchem es heißt:

Sir Edward Grey hat im Namen der Regierung angekündigt, daß der Zar dem König im Monat August in Cowes einen Besuch abstatten werde. Wir glauben, daß dieser Besuch der großen Mehrheit des englischen Volkes widerlich ist. Wir haben nicht den Wunsch, uns in die inneren Regierungsangelegenheiten eines fremden Staates hineinzumischen. Aber wenn jene Regierung durch ein System des Mordes aufrechterhalten wird und sich dadurch verteidigt, daß sie ihre besten und fähigsten Bürger dem Tode überliefert oder in die Verbannung schickt, wenn sie den leisesten Hauch von Freiheit durch Henker, Spione und Schurken jeder Art unterdrückt, dann bedeutet es eine Beschimpfung unseres guten Namens als Nation und unserer Selbstachtung, daß unser Staatsoberhaupt den Herrscher eines solchen Staates in unserem Namen empfange, namentlich wenn dessen persönliche Billigung jener verbrecherischen Agenten keinem Zweifel unterliegen kann.

Auf der andern Seite ist unser Protest in keiner Weise gegen das Volk von Rußland gerichtet, das durch den Zaren nicht mehr repräsentiert wird, als Opfer von ihrem Bedrücker repräsentiert werden können. Mit dem russischen Volke wollen wir wie freundliche Nachbarn leben, und zum Beweise dessen sind wir bereit gewesen, die Mitglieder der Duma ohne Unterschied der politischen Ansichten zu empfangen und würden die russischen Schullehrer begrüßt haben, hätte die russische Bureaukratie nach nochmaliger Ueberlegung nicht gefürchtet, daß die freie Luft Englands den Geist dieser wichtigen Beamten besudeln könnte.

Es wurde zur Entschuldigung des Revaler Besuches im vorigen Jahre gesagt, daß er eine segensreiche Wirkung auf die innere Regierung Rußlands ausüben werde. Gerade das Gegenteil hiervon ist der Fall gewesen. Seitdem der König und der Zar einander in den baltischen Gewässern begegneten, ist die Geschichte der russischen Administration auf schwärzeren und blutigeren Blättern geschrieben worden. Tolstois Anklage gegen den „Henker-Zaren", die im vorigen Jahre erschien, sandte einen Schauder des Schreckens durch die Welt, und jede Woche, die seitdem vergangen ist, hat eine neue grausige Mär tyrannischer Brutalität gebracht. Die folgenden Ziffern, aus offiziellen Quellen zusammengestellt, offenbaren die Methoden der russischen Regierung:

	Gefängnisse	Hinrichtungen		Selbstmorde in
Fassungskraft der Gefängnisse:	90 000	(Nur Zivilpersonen)		Gefängnissen
Tägl. Bevölkerung d. Gefängnisse				
1905	85 000	1905	10	
1906	111 000	1906	144	1906 30
1907	138 000	1907	456	1907 70
1908	170 000	1908	825	1908 59
1909 1. Febr.	181 137	1909 Jan.—März	235	

Nicht weniger als 237 Ex-Mitglieder der Duma sind zu verschiedenen Gefängnisstrafen verurteilt worden, und 18 sind in sibirische Bergwerke verbannt worden. Seit 1905 sind 406 Zeitungsherausgeber und Redakteure zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Hat Abdul Hamid jemals schlimmere Taten begangen?

Sollen wir, aus einer falschen Auffassung der Gastfreundschaft und einer ebenso falschen Auffassung der internationalen Verbindlichkeiten heraus, stumm zusehen, wie unser Herrscher das verantwortliche Haupt der russischen Bureaukratie empfängt? Sind wir nicht verpflichtet, es bekannt zu machen, ebenso wie unsere Vorfahren es getan hätten, daß das Land durch das Erscheinen eines solchen Gastes innerhalb seiner Grenzen erniedrigt wird, daß er kommt, ungebeten von dem Volke, daß dieses nicht nur ihm keinen Willkommen heißt, sondern daß es auch gegen seine Gegenwart feierlichst protestieren muß?

Auch richtet sich unser Einspruch nicht bloß dagegen, daß wir als die Komplicen des Zarentums erscheinen sollen. Wir müssen uns bewahren vor den Einflüssen, welche die russische Bureaukratie auf ihr freundlich gesinnte Regierungen ausübt. In Deutschland wirken Polizeiabteilungen mit geheimen Organisationen in St. Petersburg zusammen, um russische Studenten auf deutschem Boden zu bespitzeln und zu verfolgen. In der Schweiz wurde die hohe Justiz erniedrigt durch russische Vorstellungen in Verbindung mit der Wassilieff-Angelegenheit. Derselbe Einfluß ist heute auch in Belgien an der Arbeit. In Frankreich betreibt die russische Geheimpolizei ihr Geschäft unter der Direktion der Komplicen von Azew, und hätte die öffentliche Meinung nicht entschiedenen Einspruch erhoben, so hätte erst jüngst selbst Amerika den russischen politischen Flüchtlingen das Obdachsrecht verweigert. Die Welt wird vom Zarentum angesteckt.

Wir hoffen, daß das Land laut seine Meinung sagen wird, und daß seine Stimme entschieden und nachdrücklich die Regierung verdammen wird, welche für den Besuch verantwortlich ist."

Das Manifest spricht für sich selbst. Es zeigt, daß die englische Arbeiterpartei sich in dieser Sache auf der Höhe ihrer Aufgabe befunden hat, was nach der so unerquicklichen Deutschlandreise der englischen Arbeiterführer doppelt erfreulich ist. Die Arbeiterpartei erkennt, daß sie den bürgerlichen Politikern auch in der auswärtigen Politik kein Monopol einräumen darf, sondern daß sie auch auf diesem Gebiete ihren eigenen Weg gehen muß. Die Erfahrungen der Arbeiterpartei selbst und das Beispiel der internationalen Bewegung werden dafür sorgen, daß sie auch den richtigen Weg zu wählen wissen wird.

Das Manifest wird auf die öffentliche Meinung in England unbedingt einen tiefen Eindruck machen. Den breiten Massen des Volks spricht es ohne Zweifel aus der Seele, denn, abgesehen von ganz kleinen reaktionären oder persönlich interessierten Kreisen hat das englische Volk nur Abscheu und Haß für den Zarismus übrig.

Dazu kommt noch, daß ein sehr großer Teil der liberalen Partei an der ganzen Politik des engen Freundschaftsverhältnisses zu Rußland neuerdings keinen besonderen Gefallen mehr finden kann. Es hat sich gezeigt, daß die Drei-Mächte-Entente, welche die englische Regierung als Gegengewicht gegen den Dreibund handhaben will, keineswegs imstande gewesen ist, England vor diplomatischen Niederlagen zu bewahren. Dieser Politik zuliebe hat man Persien an Rußland ausgeliefert, der Ruf Englands hat in der Türkei und im Orient stark gelitten, ohne daß dafür irgendein erheblicher Gegenvorteil für England in Sicht wäre. Im Gegenteil, England muß sich die Brutalitäten der am Verfolgungswahn leidenden zarischen Kreuzerschiffe ruhig gefallen lassen und zusehen, wie seine Bewegungsfreiheit infolge derselben Politik auch in andern Teilen der Erde eingeschränkt wird.

Und was das Schlimmste ist, so wenig die treue Freundschaft des Zaren für die Zwecke der englischen Politik wert ist, so kann sich die englische Regierung noch viel weniger auf jene Freundschaft verlassen. Ein Teil der Presse spricht offen die Befürchtung aus, daß man trotz aller Opfer, die man im Interesse Rußlands gebracht, doch damit rechnen müsse, daß England, wenn es auf einen Gegendienst von seiten Rußlands angewiesen sein werde, vom Zaren im Stiche gelassen werden könnte. Die Begegnung zwischen dem Zaren und dem deutschen Kaiser in den finnischen Gewässern hat viele Leute in England stutzig gemacht. Man beginnt sich darauf gefaßt zu machen, daß die englisch-russische Freundschaft sich nicht von großer Dauer erweisen wird, und daß die erste Stichprobe die Tatsache offenbaren wird, daß die Wahlverwandtschaft zwischen russischem Zarismus und deutschem Halbabsolutismus weit stärker ist, als alle künstlichen Zusammenleimungsversuche der englischen Regierung.

Aus allen diesen Gründen ist der bevorstehende Besuch des Zaren in England so unpopulär wie nur möglich. Die reaktionären Preßorgane, welche das bestreiten, schlagen der Wahrheit ganz offenkundig und bewußt ins Gesicht. Die wahre Meinung des englischen Volkes wird indes noch Gelegenheit haben, sich zu äußern. Es ist bereits gemeldet worden, daß die Arbeiterpartei eine große Protestversammlung am Trafalgar Square veranstalten wird, in welcher u. a. Keir Hardie, Macdonald und Henderson sprechen werden. Vor dem Besuch wird noch der auswärtige Etat im Unterhause diskutiert werden, und die Regierung dürfte da noch manche saure Stunde erleben und auch den beiden Monarchen die Freude des Wiedersehens einigermaßen vergällt werden.

Deutsches Reich.

Abrechnung mit dem Brotwucher.

Zu einer Abrechnung mit der Regierung und den Parteien des Brotwuchers, zugleich zu einer Auseinandersetzung über die gegenwärtige politische Lage wird sich die Beratung der sozialdemokratischen Notstands-Interpellation im Reichstag am kommenden Mittwoch gestalten. Die Forderung der sozialdemokratischen Fraktion nach Beseitigung der Ausfuhrprämien auf Getreide und zeitweiliger Suspendierung der Getreidezölle ist so einleuchtend, so ganz mit unbezwinglicher Folgerichtigkeit aus der Not des Tages geboren, daß sich selbst grundsätzliche Anhänger des Schutzzolls ihr nur dann entziehen können, wenn sie das Interesse der Brotverteurer über Vernunft und Gemeinwohl stellen. Die demokratische Berliner Morgenpost schließt sich der sozialdemokratischen Forderung vollständig an und schreibt:

> Rußland, das reaktionäre Rußland, dieser Staat ohne Erbarmen und Menschlichkeit, hat im Jahre 1891 ein Ausfuhrverbot für Getreide erlassen, weil die Preise bedenklich hoch standen. Deutschland, das Land der sozialen Reform, zahlt heute jedem Junker 50 resp. 55 Mark Ausfuhrprämie für jede Tonne Roggen oder Weizen, die er aus Deutschland exportiert und so dem nationalen Konsum entzieht. Während die Agrarier sich anstellen, als sei es ihnen um die Gesundung der Reichsfinanzen zu tun, plündern sie die Reichskasse um Hunderte von Millionen und powern obendrein den deutschen Konsumenten aus, der für das knappe Brot Hungersnotpreise zahlen muß.

Trotz dieses offen zutage liegenden Notstandes hat es bekanntlich große Mühe gekostet, die den steuerscheuen Erben unbequeme Interpellation auch nur auf die Tagesordnung zu bringen. Die Kreuzzeitung höhnte, die Beratung würde „nicht viel vor Weihnachten stattfinden und ein gemeines Pfaffenblatt, die Berliner katholisch-klerikale Germania, übertrumpfte ihre gescheiterte Block- und Betschwester durch den frechen „Witz", die Regierung hätte die sozialdemokratische Interpellation statt am 30. am 31. Juni beantworten sollen. So verlacht das feiste Junker- und Pfaffengesindel die offenbare Not des Volkes.

Ob Fürst Bülow, der agrarische Kanzler, am Mittwoch kommt und was er wohl sagen wird?

„Schulpaläste".

Die Frankfurter Zeitung veröffentlicht folgende echtpreußische Idylle: Seitdem im Jahre 1889 der Abg. Graf Brühl im preußischen Abgeordnetenhause Klage darüber führte, daß viele Volksschullehrer in „wahren Schulpalästen" wohnten, ist diese Bezeichnung in der Lehrerwelt zum geflügelten Wort für schlechte und baufällige Schulhäuser geworden. Und es gilt noch heute. Der von der Medizinal-Abteilung des Kultusministeriums bearbeitete Bericht über das „Gesundheitswesen des preußischen Staates im Jahre 1907" spricht von besonders schlechten Schulhäusern in den ländlichen Kreisen der Bezirke Königsberg, Stettin, Bromberg, Osnabrück und Oppeln. Im Bezirke Stettin sind die Räume vielfach so klein, daß auf ein Kind nur 1⅛ bis 1⅜ Kubikmeter Luftraum entfallen. Von den Schulklassen in Schocken, Bezirk Bromberg, wird berichtet, daß sie in alten Häusern untergebracht sind, die in bezug auf Beleuchtung, Luftraum, Ausstattung und Instandhaltung „so außerordentlich minderwertig seien, daß man von den Eltern kaum verlangen könne, daß sie ihre Kinder diesen Räumen anvertrauen. Im Bezirk Osnabrück sind in vielen Landschulen die Fußböden aus Stein oder Zement hergestellt, wodurch namentlich im Winter und im Frühjahr die Gesundheit der Kinder aufs höchste gefährdet wird. Besondere Räume für die Kleiderablage sind fast in keiner Landschule vorhanden. Und sie wären doch hier noch nötiger als in den Städten, damit die auf langen Schulwegen durchnäßten Kleidungsstücke nicht die Luft für die in engem Raum zusammengepferchten Kinder noch mehr verderben. Neben diesen Angaben aus jenem Bericht sind einige besonders krasse Einzelfälle bei den Beratungen des Kultusetats im Abgeordnetenhause sowohl in der Kommission als auch im Plenum zur Sprache gekommen. In U. bei Schildberg, Provinz Posen, konnte der Lehrer nicht einmal seine Möbel in der Amtswohnung unterbringen. Die Heizung funktionierte so schlecht, daß die Temperatur auf höchstens 9 Grad Celsius zu bringen war, in den kalten Tagen aber des Nachts unter Null sank. Die Folge war, daß dem Lehrer und seiner Familie die Füße erfroren. Bei der Beratung der Petition dieses Lehrers meinte ein Mitglied der Kommission, solche Zustände seien nicht bloß im Osten, sondern auch im Westen zu finden. In seinem Bezirke sei eine Volksschulklasse in dem Tanzsaal des Dorfwirtshauses untergebracht. Bei dem Abkommen zwischen Wirt und Gemeinde habe sich der erstere das Recht gewahrt, bei größeren Festlichkeiten, auch bei Hochzeiten, die an Wochentagen stattfinden, den Saal für seinen eigentlichen Zweck zu verwenden. Dann müsse also die Schulklasse ausquartieren und der Unterricht ausfallen! Ja selbst vor den Toren Berlins findet man noch „Schulpaläste". Ein Vertreter Berlins im Abgeordnetenhause wies darauf hin, daß er in Ruhlsdorf auf den städtischen Rieselgütern vor etwa sieben Jahren eine Schulklasse von 30 Kindern in einem Raume gefunden habe, der jeder Beschreibung spottete. Vor jetzt zwei Jahren fand er nun 56 Kinder noch in genau demselben Raume vor, trotzdem die Stadtgemeinde Berlin der Schulgemeinde einen Bauplatz und 100 000 M. für eine neue Schule zur Verfügung gestellt hatte. Der Neubau ist aber auch heute noch nicht fertig gestellt. Bei alledem ist der Gesamtbetrag der anschlagsmäßigen Kosten für die in der Ausführung begriffenen ländlichen Schulbauten im Jahre 1906 gegen das Jahr 1901 um rund 4¾ Millionen Mark gefallen.

Der Hansaterror.

Der neue Kapitalistenbund preßt sein Staffagematerial unverblümt weiter nach dem Muster der gelben Fabrikvereine. Eine Zuschrift an den Vorwärts erzählt zu diesem Thema:

> In dem Kontor, in dem ich angestellt bin, arbeiten im ganzen zehn Herren, teils verheiratet, teils ledig. Heute vormittag wird uns eine Liste des Hansabundes vorgelegt, in die sich der Chef mit seinen ersten Beamten eingezeichnet hat. Von uns zeichnet sich niemand ein. Nachmittags geht die Liste wieder ins Privatkontor, um 4 Uhr kommt der Chef selbst damit an und läßt durchblicken, daß, wer nicht zeichnet, am nächsten Ultimo die Kündigung per 31. Juli zu gewärtigen hat. Er sehe es gern, wenn sich alle Angestellten an dem „Hansabunde" beteiligten. Was blieb uns übrig, wir zeichneten, obwohl es uns schwer genug geworden, die eine Mark (Mindest-Jahresbeitrag!) abzustoßen.
>
> Und dieses erzwungene Hansagebilde will so etwas wie die nationale Erneuerung herbeiführen!

Bürgerlicher Mannesmut vor fürstlichen Sündern.

Für die in nächster Woche stattfindenden Schwurgerichtsverhandlungen wider den Wirkl. Legationsrat Dr. Hammann und Fürsten Philipp zu Eulenburg ist es fast unmöglich, eine Geschworenenbank zu bilden. Fällt es den Geschworenen so schwer, so hohe, zum Teil fürstliche Herren zu verurteilen? Täglich laufen Gesuche mit ärztlichen Attesten von Geschworenen ein, in denen wegen Unpäßlichkeit ersucht wird, sie vom Geschworenenamt zu entbinden.

Die Komödie sieht sich an, als hätten Eulenburg und Hammann über die Geschworenen zu Gericht sitzen und beweist wieder einmal, wie sehr bei uns zulande Göttin Gerechtigkeit durch die Binde guckt.

Ein militärischer Meineidsprozeß.

Der Unteroffizier Johann Reile vom 15. Infanterieregiment in Neuburg a. S. stand vor dem Oberkriegsgericht zu München wegen Meineids. Reile sah seinerzeit, wie der Infanterist Huber von dem Unteroffizier Fischer den Befehl erhielt, 100 mal Kniebeuge zu machen, und weil er dabei lachte, auf Befehl eines weiteren Unteroffiziers namens Unger noch 100 Kniebeugen mit Gewehraufwärtsstrecken machen mußte. Schließlich gab ein dritter Unteroffizier namens Eisenschink dem Huber den Befehl, in der Kniebeuge sitzen zu bleiben. Reile forderte die drei Unteroffiziere auf, den Huber in Ruhe zu lassen. Huber beschwerte sich und die drei Unteroffiziere wurden wegen vorschriftswidriger Behandlung eines Untergebenen zu je 8 Tager Mittelarrest verurteilt. Sie legten Berufung beim Kriegsgericht der Division ein. In der ersten Verhandlung vor dem Standgericht erklärte Reile als Zeuge, er habe nichts davon gesehen, daß Huber das Gewehr aufwärtsstrecken mußte. In der zweiten Verhandlung gestand er indes auf die Vorhaltungen des Vorsitzenden, daß er in Neuburg die Unwahrheit beschworen habe, und zwar aus Angst vor dem viel älteren Unteroffizier Fischer, der ihm zugeredet habe, er solle nicht so viel sagen. Das Kriegsgericht der zweiten Division erkannte gegen Reile auf 1 Jahr Zuchthaus und sprach den Unteroffizier Fischer von der Anklage der Anstiftung frei. Reile legte Berufung am Oberkriegsgericht München ein, das das Urteil aufhob und den Angeklagten zu neun Monaten Gefängnis und zur Degradation verurteilte, und zwar mit der Begründung, daß nach § 158 des R.-St.-G. bei Widerruf vor dem gleichen Gericht auf die Hälfte der Strafe zu erkennen sei. Obwohl nun Reile erst in der zweiten Instanz widerrufen hatte, so hielt das Oberkriegsgericht, entgegen der bisherigen Rechtsprechung des Reichsmilitärgerichts, den § 158 doch für anwendbar, da die sämtlichen militärischen Behörden als einheitlicher Organismus anzusehen seien.

Der 37. deutsche Aerztetag.

In der zweiten Sitzung berichtete Geh. Hofrat Dr. Pfeiffer (Weimar) über die Arbeiten der Krankenkassenkommissionen. Er betont, daß die Krankenkassenkommission immer bemüht war, genau nach den bekannten zehn Geboten zu handeln, die der Königsberger Aerztetag aufgestellt hat. Weiter berührt er die Zwistigkeiten, die innerhalb der Aerzteschaft noch in bezug auf die freie Arztwahl vorhanden sind. — Dr. Götz (Leipzig) berichtete sodann über den Vertrag mit den Lebensversicherungsgesellschaften. — Dr. Berndt (Stralsund) behandelte die Krankenhausarztfrage. Eine eingesetzte Kommission hat die Grundsätze über die Anstellung von Krankenhausärzten ausgearbeitet.

Im Krankenhaus dürfen nur ärztliche Anschauungen maßgebend sein, wenn der Betrieb den Anforderungen gerecht werden soll, die Humanität und Hygiene stellen müssen. Die meisten Krankenhäuser werden von Laienkommissionen verwaltet, an deren Spitze meist Juristen oder Pastoren stehen. Das hat zu Mißständen geführt, die auch das preußische Medizinalministerium erkannt hat. Es hat Erlasse publiziert, die die Absicht erkennen lassen, den Einfluß des Arztes auf die Leitung der Krankenhäuser zu stärken. Einzelne Krankenhausleitungen, namentlich der geistlichen Krankenhäuser, bemühen sich, die Wirkungen dieser Erlasse abzuschwächen.

Wir müssen verlangen, daß mit der selbstherrlichen Tätigkeit von Laien in diesen Krankenhäusern aufgeräumt wird. Es müssen Fachmänner an die Spitze kommen. Wir haben Mindestbedingungen für die Anstellung ausgearbeitet, das soll die Waffe sein, um die unwürdigen, zum Teil empörenden Zustände zu beseitigen. Die Befreiung des Arztes als Fachmann von der Bevormundung durch Laien, speziell durch Juristen und Pastoren, muß unser Hauptziel sein. Nach kurzer Debatte wurden die Grundsätze einstimmig angenommen.

Es berichtete dann Medizinalrat Dr. Lindemann-Mannheim über die Tätigkeit der Kommission gegen das Kurpfuscherwesen. Er bezog sich auf eine ausführliche Denkschrift, die Dr. Reiß-Charlottenburg dem Aerztetag unterbreitet hat und in der er vor allen die Zeitungen der verschiedensten politischen Richtungen nach der Quantität der Kurpfuscherannoncen untersucht hat. — Siefart-Charlottenburg: Wenn auch das Kurpfuschereigesetz dem Bundesrat noch nicht zugegangen ist, darf uns das nicht abhalten, in der Bekämpfung des Kurpfuscherunwesens alles zu tun, was in unseren

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090628/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG